

Ausbeutung der natürlichen Ressourcen in 74 Volksbefragungen abgelehnt

Seit der ersten «consulta de buena fe» (Volksbefragung) in Sipakapa im Departement San Marcos 2005 wurden insgesamt 74 *consultas* durchgeführt. Die befragte Bevölkerung sprach sich gegen die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen auf ihrem Territorium aus.

Von Sandra Valdez, Guatemala-Stadt

Der aktuelle Bericht des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte der Vereinten Nationen (OACNUDH) informiert über diese 74 *consultas*. Trotz der ablehnenden Haltung der Bevölkerung seien 276 Lizenzen zur Ausbeutung und 111 zur Exploration erteilt worden. Hinzu kämen weitere 734 Gesuche, die im Ministerium für Energie und Bergbau (MEM) hängig seien. Das MEM habe sieben Explorationslizenzen erteilt, ohne die indigene Bevölkerung zuvor zu konsultieren.

Da diese zuletzt erteilten sieben Lizenzen indigenes Territorium betreffen, ruft die OACNUDH «den Staat Guatemala auf, alle individuellen und kollektiven Rechte der indigenen Völker bei der Festlegung des politischen Vorgehens rund um die Ausbeutung natürlicher Ressourcen zu respektieren. Dazu gehört auch das Recht, Volksbefragungen durchzuführen, um individuelle Lizenzen zu gewähren.» Die Regierung hätte informiert, mit der Ausarbeitung eines Gesetzesvorschlags für *consultas* begonnen zu haben, der die regionalen Praktiken berücksichtige.

Der Bericht führt aus, dass die Analyse des speziellen Berichterstatters über die Rechte der indigenen Völker von 2012 «zentrale Kriterien bereitstellt, die berücksichtigt werden müssen, bevor Lizenzen zur Ausbeutung der natürlichen Ressourcen erteilt werden.»

Soziale Faktoren berücksichtigen

Das Dokument hält weiter fest, dass diese Kriterien die zwingende Berücksichtigung sozialer und politischer Faktoren in Zusammenhang mit den Projekten beinhalten würden, «die über die Pflicht des Staates hinausgehen, die indigenen Völker zu konsultieren und Studien über die Auswirkungen auf die Umwelt durchzuführen. Diese ‚soziale Lizenz‘ ist unabdingbar, um Vertrauen in einen konstruktiven Dialog mit redlichen Absichten zwischen allen involvierten Akteuren zu schaffen und problematische Situationen zu vermeiden.»

Die OACNUDH besteht in ihrem Bericht darauf, dass es in den Konflikten rund um die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen in indigenem Territorium bzw. in unmittelbarer Nähe dazu eine «entscheidende Antwort» brauche, «um das Risiko von Nichtregierbarkeit und Gewalt zu beseitigen.» Zudem betont sie die Notwendigkeit der Verabschiedung eines Gesetzes, das traditionelle Formen von Landbesitz und kollektivem Gebrauch durch indigene Gemeinden anerkennt. «Der Staat garantiert bis jetzt das Recht der indigenen Völker, sich an Entscheidungsprozessen im Zusammenhang mit der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen zu beteiligen, nicht. Ein solches nationales Recht müsste in die Ratifikation der Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) über indigene Völker und Stämme in unabhängigen Staaten integriert sein.»

Der Bericht hält fest, dass «Gesetzeslücken und prozedurale Mängel bei der Vergabe von Lizenzen bestehen. Der Bewilligungsprozess von Studien zu den Auswirkungen auf die Umwelt ignoriert die von internationalen Standards verlangte Beratung. Und obwohl das Regierungsdekret 431-2007 die Durchführung von Studien zu den sozialen Auswirkungen vorsieht, werden diese von den Autoritäten nicht verlangt.»

(Originaltext auf Spanisch: http://www.prensalibre.com/noticias/consultas-comunitarias-explotacion-recursos-naturales_0_889711204.html)